

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neuzeit Nachrichten) — (Niederwallner Zeitung)

Anzeigen
Kosten die einseitige Kolonialzeitung
oder deren Raum 15 Pf.
Für auswärtige Besteller 20 Pf.
Reklamen 50 Pf.

Bezugspreis
monatlich 65 Pf., mit Bringer-
lohn 70 Pf. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.10 Mk.
auschl. Bestellsgeb.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstage,
Donnerstage, Samstage

Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftleiter
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164

Nr. 74.

Dienstag, den 25. Juni 1918.

26. Jahrgang

Wilson Herr der Entente.

Köln, 24. Juni. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Bern: Hinter den Kulissen der Verbandspolitik spielen sich gegenwärtig erbitterte Kämpfe ab. Drei Richtungen treten immer schärfer vor:

1. Poincaré und seines Bundesfreundes Briand Feindschaft gegen Clemenceau nimmt täglich zu und ist bereits zu offenen Anklagen Briand gegen Clemenceau gediehen.

2. Clemenceau steht augenblicklich in sehr nahen Beziehungen zu der französischen Armeeleitung und würde eine Diktatur des Säbels einem Ministerium Briand vorziehen. Das Bemerkenswerteste dabei ist, daß man in ernsthaften politischen Kreisen Frankreichs zu der Annahme neigt, eine Militärdiktatur würde zu Friedensverhandlungen geneigt sein.

3. Lloyd George steht sowohl Poincaré-Briand wie Clemenceau mißtrauisch und ablehnend gegenüber. Wie die Verhältnisse gegenwärtig liegen, geht daraus hervor, daß Lloyd George den Sturz Clemenceaus wünscht.

Alle Blicke richten sich hilfesuchend nach Washington. Heute kann Wilson bestimmen, wer in England und Frankreich Herr sein soll. Er kann befehlen, aber sein Befehl wird keine der sich befehdenden Parteien befriedigen.

Die Kriegsschäden Ostpreußens.

Eine traurige Gesamt-Abrechnung.

Dem Abgeordnetenhaus ist der Bericht der verstärkten Staatshaushaltskommission über die Beseitigung der Kriegsschäden in den vom feindlichen Einfall betroffenen Landesteilen zugegangen. Dem Bericht, der sich in der Hauptsache mit den Kriegsschäden der Provinz Ostpreußen befaßt, entnehmen wir folgende Einzelheiten:

Nach einer vom Oberpräsidium von Ostpreußen verbreiteten Notiz beträgt die Zahl der von den Russen verschleppten Einwohner insgesamt etwa 13 200. Der Gesamtschaden beträgt 1055 Millionen Mark, wozu noch 350 Millionen Waischäden kommen, so daß die Gesamtschadensumme Ostpreußens annähernd 1,4 Milliarden Mark erreicht. Von dieser Summe sind bis zum 1. Juni d. J. den Geschädigten 960 Millionen Mark Waisenschadungen ausbezahlt worden.

Die Zahl der zerstörten Gebäude beträgt nach den letzten Feststellungen 30 287, darunter 19 evangelische Kirchen, 26 Pfarrhäuser, 2 Gemeindehäuser, 240 sonstige kirchliche Gebäude und 132 Volksschulen. Von diesen sind in den Jahren 1915, 1916 und 1917 bisher 17 854 Gebäude wiederhergestellt worden. Die Zahl der bei dem Einfall der Russen Geflüchteten sei auf etwa 400 000 anzunehmen. Der Viehbestand der Provinz hat sich in erfreulicher Weise wieder gehoben. Doch fehlen der Provinz noch immer etwa 88 000 Pferde und 100 000 Milchkühe und Ochsen, etwa der siebente Teil des Friedensbestandes.

Aber trotz aller Schäden, befaßt der Bericht, hängt die ostpreussische Bevölkerung an ihrer Heimat und zieht nicht fort, nachdem sie gesehen habe, daß von allen Seiten für sie gesorgt werde. Es dürfte jedoch nicht verkannt werden, daß gerade die Bevölkerung Ostpreußens durch die schweren Verluste der aus den zerstörten Gebieten stammenden Truppenteile einen schweren Mangel an Ersatz erfahren habe. Für neues Siedlermaterial müsse gesorgt werden. Das sei aber nur möglich, wenn Sicherheit dafür geschaffen werde, daß die Wiederkehr der Verhältnisse von 1914 nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen sei. Und das könne nur durch Errichtung eines neuen Grenzwalls im Süden der Provinz geschehen.

Paris „in Erwartung“.

Ungewöhnliche Ruhe.

Die Londoner „Times“ gibt von Paris und seinem letzten Leben folgende Darstellung:

Paris bietet fast denselben Anblick wie im Herbst 1914. Es herrscht Stille und Menschenleere in den Straßen, die jetzt mehr an ein schottisches Dorf erinnern als an die Hauptstadt der lateinischen Rasse. Der Grund leuchtet ein. Man will lieber Vernunft bewahren, als sich einem falschen Vertrauen hingeben. Die Regierung bereitet sich auf das Schlimmste vor. Es werden daher alle Zivilisten, die nicht mit nützlicher oder notwendiger Arbeit beschäftigt sind, aufgefordert, sich an einen andern Ort zu begeben, während noch Zeit und Möglichkeit vorhanden ist und aufzuwarten, bis plötzlich Panik und Verwirrung

entsteht. Die Errichtung von Ausschüssen zur Erleichterung der Räumung durch die Zivilbevölkerung traf die Optimisten zweifellos als ein Schlag. Aber nach einigem Nachdenken wurde die Pariser Bevölkerung augenscheinlich überzeugt, daß diese kluge und rechtzeitige Voraussicht die bestmögliche Sicherheit dafür bildet, daß die Sicherheit der geliebten Hauptstadt in den bestmöglichen Händen ist. Während es wahr ist, daß eine ungewöhnliche Ruhe in Paris herrscht, ist es ganz unwarhaft (!), daß die Stimmung gedrückt ist. Dagegen herrscht eine ruhige Erwartung und ein Vertrauen zu den Heeren der Alliierten, ein Vertrauen, das immerhin wächst und nicht durch vernunftgemäße Maßnahmen abgeschwächt wird.

Die letzten Fliegerangriffe.

Wie der „Progres de Lyon“ mitteilt, verursachte der deutsche Fliegerangriff in der Nacht zum Sonnabend in Paris außerordentlichen Schaden. Hauptsächlich wurde ein großes Warenhaus schwer heimgesucht. Durch die fortgesetzte Fernbeschlebung wurden ferner ein Spital und eine Volkshochschule ernstlich beschädigt.

Englische Provokation.

„Auslieferung aller deutschen Handelschiffe.“

Der vom britischen Handelsamt eingesetzte Ausschuss, der Vorschläge zum Schutze der englischen Schifffahrt und Schiffbauindustrie für die Zeit nach dem Kriege erlassen sollte, erklärt in seinem sechsten veröffentlichten Berichte:

„Wir halten keinen Frieden für befriedigend, der nicht vom Feinde die Herausgabe von Schiffsraum erzwingt und drastische Bestrafungen für die Verbrechen des Feindes auf See festsetzt. Als Friedensbedingungen sollte von den feindlichen Ländern folgendes gefordert werden:

1. Die Herausgabe allen feindlichen Schiffsraumes an die Alliierten am Schluß des Krieges aus den Häfen des Feindes oder den neutralen Häfen.

2. Der Verlust aller Schiffe, die seit Ausbruch der Feindseligkeiten in den Häfen der Länder liegen, die in den Krieg hineingezogen worden sind oder die diplomatischen Beziehungen mit dem Feinde abgebrochen haben.

3. Herausgabe allen den Alliierten gehörigen Schiffsraumes, der seit Ausbruch der Feindseligkeiten in den Besitz des Feindes gekommen ist.

Der auf diese Weise aus den Händen des Feindes übernommene Schiffsraum sollte, soweit möglich, zur Erleichterung der Demobilisation verwendet werden, und einen Teil des Schiffsraumes der Alliierten, der jetzt für den Transport in Anspruch genommen wird, für den Handel freimachen. Sobald die Demobilisation beendet ist, sollten alle Schiffe des Feindes, soweit sie nichts bereits verkauft sind, durch Versteigerung in den verschiedenen feindlichen Ländern verkauft werden. Der Ertrag wäre als Teil der allgemeinen Kriegsschadensabgeltung anzusehen, die von den feindlichen Ländern gezahlt werden muß.

Bei der Versteigerung der feindlichen Schiffe müßte der Meistbietende, wenn er einer alliierten Nation angehört, nachweisen, daß er im Interesse der Alliierten handelt. Neutrale und Feinde sollten zum Kauf nicht zugelassen werden. Der Ausschuss erklärt weiter, es sei wesentlich, daß England sich darauf einrichtete, nach Friedensschluß jährlich nicht weniger als zwei Millionen Netto-Tonnen Handelschiffsraum zu bauen.“

Die alten Nürnberger waren kluge Leute. Sie hängten keinen, bevor sie ihn hatten. Und weil sie das taten, schwiegen sie, bevor sie die Nacht nicht bloß zum Reden, sondern auch zu Taten hatten. Die Engländer aber reden über ihre künftigen Taten, vielmehr über die Taten ihrer amerikanischen Freunde, auf die sie hoffen. Das ist sehr unvorsichtig, wenn es nicht geschieht, um sich Mut einzureden. Und das ist wohl der Zweck der Übung gewesen.

Bisher 40000 Gefangene.

Wien, 22. Juni. Amtlich wird verlautbart:

Die Kämpfe an der Piave haben gestern an Heftigkeit abgenommen. Wo die Italiener — wie in einzelnen Abschnitten des Montello und westlich von San Dona — ihre Angriffe erneuerten, wurden sie wie früher unter großen Verlusten zurückgeschlagen. Der Feind verlor zwischen dem 15. und dem 20. d. Mts. durch unsere Flieger und durch Abwehr von der Erde aus 42 Flugzeuge. Außerdem blühte er 4 Fesselballone ein. Die Zahl der Gefangenen ist auf 40 000

gestiegen. Unter diesen befanden sich auch einige tschecho-slowakische Legionäre, die sofort der durch die Kriegsgesetze vorgesehenen standrechtlichen Behandlung zugeführt wurden. Der Chef des Generalstabes.

Hungersnot-Gegenrevolution?

Rußland will trotz alledem keinen neuen Krieg.

Die bolschewiki-offizielle „Iswestija“ wendet sich gegen die Bestrebungen, Rußland ohne Rücksicht auf seinen Mangel an Vorbereitung und auf Abneigung seiner Bevölkerung in einen neuen Krieg zu treiben. Sie schreibt, offenbar auf Veranlassung der Leninischen Regierung:

„Die zu diesem Abenteuer hegen, mögen sich bewußt sein, daß sie bei der Verwirklichung ihrer Pläne auf den verzweifeltsten Widerstand des revolutionären Rußland stoßen werden. Ein schlechter Trost für sie sind die Phantasien verräterischer Sozialisten, die sich einbilden, die Regierung der Sowjets in die Luft sprengen zu können, indem sie die angebliche Enttäuschung der Massen über die Sowjetregierung in die Welt hinausposaunen. Die Regierung bleibt unerschütterlich in ihrem Vertrauen. Es werden sich nicht nur Millionen von Arbeitern und Bauern in revolutionäre Legionen verwandeln, um im äußersten Notfall die Sowjetmacht zu verteidigen, sondern auch überall werden die Massen nicht dulden, daß Rußland in einen neuen Krieg mit Deutschland geht.“

Die Alliierten wissen wohl, daß sie selbst, wenn sie sich die Mitarbeit gewisser freisozialer Elemente bei ihrem gegen die Sowjets gerichteten Abenteuer zu sichern wüßten, dies nur den Sturm des Bürgerkrieges in ganz Rußland zur Folge hätte. Vielleicht ist es zu spät, sie auf die Gefahren des betretenen Weges hinzuweisen: trotzdem wollen wir am Vorabend entscheidender Ereignisse, die der gesamten Geschichte eine neue Richtung geben sollen und in Voraussicht gewaltiger Katastrophen und des vollkommenen Scheiterns der Anschläge des antigermanischen Bundes voll tiefer Besorgnis für beide Parteien unseren alten Rat wiederholen: Die einzig gerechte und für beide Teile vorteilhafte Politik ist die, welche die Alliierten dazu führen wird, die Sowjetregierung anzuerkennen, dem revolutionären Rußland zu helfen und es bei der Wiederherstellung seines wirtschaftlichen Apparates zu unterstützen.

Vor der neuen Ernte soll's kommen.

Die Engländer warten auf die Entscheidung in den nächsten Wochen vor der neuen Ernte. Der Hunger soll die Bolschewiki kürzen. Die „Times“ erzählte dieser Tage, man dürfe die Meldungen über die Schwäche der Bolschewiki gegenüber den anderen Parteien nicht glauben. Aber der Hunger werde die Massen zur Revolution bringen.

Die neue Ernte naht. Die Frage ist nur, mit welcher Beschleunigung sie in die Städte gebracht werden wird.

Die Maibeute: 614000 Tonnen.

(Amtlich.) Berlin 22. Juni. Im Monat Mai sind insgesamt 614 000 Bruttoregistertonnen des für unsere Feinde nutzbaren Handelschiffsraumes vernichtet worden.

Der ihnen zur Verfügung stehende Welthandelschiffsraum ist somit allein durch kriegerische Maßnahmen seit Kriegsbeginn um rund 17 730 000 Bruttoregistertonnen verringert worden. Hiervon sind rund 10 828 000 Bruttoregistertonnen allein Verluste der englischen Handelsflotte.

Nach inzwischen gemachten Feststellungen sind im Monat April außer den seinerzeit schon bekanntgegebenen Verlusten der feindlichen oder im Dienste unserer Gegner fahrenden Handelschiffe noch weitere Schiffe von rund 56 000 Bruttoregistertonnen durch kriegerische Maßnahmen schwer beschädigt in feindliche Häfen eingebracht worden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Das Mai-Ergebnis unserer U-Boote kann unsere wackeren Blaujaden voll befriedigen. Es hält sich auf der Höhe, die seit dreiviertel Jahren ohne große Schwankungen eingehalten wurde. Die maßgebenden Ziffern sind September 1917: 672 000 Tonnen, Oktober 674 000 Tonnen, November 607 000 Tonnen, Dezember 702 000, Januar 632 000, Februar 680 000, März 689 000, April 652 000 Tonnen. Während der beiden letzten Monate war das Wetter auf See la

ruhig wie Isten, ein Zustand, der zwar der Schiffahrt sehr dienlich ist, unseren U-Bootsführern aber gar nicht gefällt, da es unseren Gegnern den Kampf erleichtert und die U-Boote zu doppelter Vorsicht gezwungen werden. Wenn trotzdem die Erfolge der U-Boote die gleichen geblieben sind, spricht dies für die ungeschwächte Wirksamkeit des U-Bootkrieges. Man muß dabei noch in Rechnung stellen, daß die See von Schiffen stark geleert ist. Die ganze Schifffahrt a. B. zwischen den nordischen Staaten und dem Westen umfaßt nur noch die Hälfte der Tonnage wie noch im Jahre 1917.

Eine Neuerung in dem heutigen Berichte des Admiralsstabes ist die Aufzählung der Tonnage der beschädigten Schiffe. Dieser Punkt ist von nicht geringer Wichtigkeit, denn die Arbeiten, zu denen die Werften gezwungen werden, um die beschädigten Schiffe wiederherzustellen, geht ihnen für den Neubau von Schiffen verloren.

Allgemeine Kriegsnachrichten.

Ein päpstliches Weisbuch.

Wie die italienischen Blätter melden, steht die Veröffentlichung eines päpstlichen Weisbuches bevor, das über das Werk des Heiligen Stuhles im Weltkriege an Hand von Dokumenten Aufschluß erteilen werde.

Wilson und „sein“ Volk.

Er geht aus, läßt sich hören, läßt sich beklagen, aber ein Heer von Polizisten muß ihn gegen „sein“ Volk beschützen. Die ihm nicht übermäßig wohlgesinnte „New York Times“ gibt über die Ankunft Wilsons in New York zur Eröffnung des großen Redaktionszuges für das Rote Kreuz folgende Schilderung:

Der Bahnhof war von einem großen Aufgebot von Schutzmännern und Detektiven bewacht. Draußen begrüßte ihn eine vieltausendköpfige Menge mit dröhnenden Zurufen, „die die Bahnhofshalle erschütterten“. Vom Hotel Waldorf-Astoria aus unternahm der Präsident und seine Begleiter nachmittags eine Automobilfahrt, voran zwei Schutzleute auf Motorrädern, um das Wilsonsche Automobil herum drei vollbesetzte Autos mit Detektiven und Sicherheitsmannschaften. Nach dem Diner im Hause des Obersten House fuhr Wilson in ein Theater. Im Zuschauerraum saßen fünfzig Detektive in Zivil, unter das Publikum verteilt; außerdem waren sämtliche Gänge des Theaters von dreißig uniformierten Wachmannschaften besetzt. Auf der Bühne produzierte sich u. a. ein Verwandlungskünstler, der historische amerikanische Persönlichkeiten, wie Lincoln und Grant, mimisch darstellte. Als er sich als „Präsident Wilson“ vor dem Publikum präsentierte, brach tobender Beifall aus. Wilson erhob sich in seiner Loge und hielt folgende kleine Rede: „Meine Damen und Herren, ich glaube, daß Sie in einem kleinen Irrtum befangen sind. Sie meinen, den Präsidenten der Vereinigten Staaten in mir zu sehen. Das stimmt nicht ganz. Was Sie hier in mir sehen, ist ein abgearbeiteter Mann, der sich amüsiert.“

Kleine Kriegsnachrichten.

„Wilson hat alle Vieh- und Schlachthöfe in den Vereinigten Staaten unter die Aufsicht der Bundesbehörden gestellt.“

Die von der chinesischen Regierung beschlagnahmten feindlichen Schiffe wurden zur Verfügung der Entente gestellt. Frankreich erhielt eines, England und Amerika je zwei Schiffe.

Politische Rundschau.

— Berlin, 22. Juni 1918.

— Minister des Innern Dr. Drews besuchte am Sonnabend die Schaustätte des Filmbrand-Ünglücks in Berlin.

Pulver und Gold.

Roman aus dem Kriege 1870—71 von Levin Schüding. (Nachdruck verboten.)

„Es tut mir leid“, sagte der Herr, „daß meine Frage über die Herkunft der Ulanen eine solche Unruhe verriet, die Lust der Herren reizte. Ich bin wenigstens bekehrt worden, daß dieser Volkstamm neben seiner kriegerischen Tätigkeit eine ausgezeichnete Schulbildung besitzt. Sind Ihre Kameraden alle so gelehrt?“

„Dafür kann ich nicht einstehen“, antwortete ich lachend; „möglich immerhin, daß einer oder der andere von uns es noch bis zum Präsidenten einer gelehrten Akademie bringt. Nur mich muß ich becheiden davon abnehmen. Das einzige, was ich in der Gelehrsamkeit gelernt, ist eine ziemlich mühsam zusammengeschriebene Doktorarbeit.“

„Ah... Sie sind Doktor? Doktor — und... Unteroffizier? Wie ist das möglich?“

„Er ist Doktor Juris, Unteroffizier, Baron und Referendar“, rief hier der „Vossener“ aus; „also ein Mann vom Scheitel bis zu Sohle ganz das, was man bei uns die allgemeine Wehrpflicht heißt, oder auch den Kantischen kategorischen Imperativ, in seiner Beziehung zu Vaterland, König und Rindnadelkarabiner...“

Die übrigen elf Paladine meiner Tafelrunde verstanden natürlich von all diesem blühenden Unsinne wenig, was sie jedoch nicht hinderte, wieder laut aufzulachen. Ich sah an der Miene des Franzosen, daß er mit sich schwankte, ob er sich länger zum Mittelpunkt dieser Heiterkeit hergeben sollte oder besser tue, sich zurückzuziehen; da ich aber wünschte, daß er bleibe, so schnitt ich dem „Vossener“ rasch das Wort ab, indem ich mich an den alten Herrn mit der Frage wandte: „Sie sind der Erzähler in diesem Hause?“

„Wenn Sie eine Erklärung wünschen, weshalb ich die Herrschaft vertritt, ich bin der Oheim dieser Dame, die Sie vorhin sahen.“

„Der Eigentümer des Schlosses ist abwesend?“

„Er ist tot; Herr Kühn ist vor drei Jahren gestorben.“

„Er war ein Deutscher, der Herr Kühn?“

„Ein Elässer; er hatte... wie nennen Sie das: des

usines im Departement Oberrhein; Chateau Giron ge-

— Zum Vorsitzenden der Vollen-Fraktion des Reichstages wurde der Abg. Senha gewählt, zu seinem Stellvertreter der Abg. Paszewski.

„Steuer-Gerichtshof für das Deutsche Reich. Der Hauptausschuß des Reichstages nahm heute eine Entschlieung an, die die Errichtung eines Steuer-Gerichtshofes für das Deutsche Reich verlangt.“

„Die Bekämpfung der Lurusgegenstände wurde, nachdem ein Unterausschuß den Gegenstand erneut durchberaten hatte, im Hauptausschuß des Reichstages endgültig für die Entscheidung in der Vollversammlung des Reiches bereitgestellt. Die lange Reihe der Luxusgegenstände vom Edelmetall bis zum Belwurf war noch einmal durchgearbeitet worden. Einige Nachklänge dieser Aussprache lehrten dieses Mal wieder. So verlangte ein Zentrumsredner, daß alle Teppiche besteuert werden sollen, daß Gegenstände für den kirchlichen Gebrauch frei bleiben sollen. Ein Sozialdemokrat wollte Gold für Heilwede (Bahnwärter) freigestellt wissen, ein süddeutscher Nationalliberaler Taschenuhren mit silbernem Gehäuse. Die drei ersten Anträge wurden angenommen, alle anderen zurückge-

„Ueber unsere Ernährungsaussichten hat sich im Ernährungsausschuß des Reichstages der Unterstaatssekretär im Kriegs- und Ernährungsamt Dr. Müller ausgesprochen: „Die Rückerstattung aus der österreichischen Getreideernte wird voraussichtlich bald erfolgen können, weil ja die Ernte dort in einigen Tagen erfolgt. Die Verkürzung unserer Brotträte hat mit den österreichischen Ernährungsschwierigkeiten nichts zu tun. Eine Vermehrung unserer Fleischträte ist im gegenwärtigen Augenblick leider nicht möglich. Andererseits soll eine Verfürgung der Fleischträte bis zur Versorgung aus der neuen Ernte vermieden werden. Darüber, ob nach dem Beginn der neuen Ernte und der dann wieder gegebenen vollen Brotträte und reichlichen Belieferung mit Kartoffeln, Gemüse und anderen Lebensmitteln die Fleischträte vorübergehend gekürzt werden oder ob fleischlose Wochen für einzelne Teile der Bevölkerung oder für die Gesamtbevölkerung eingeführt werden sollen, wird zurzeit beraten.“

„Beschränkung der fürstlichen Portofreiheit. Wie verlautet, haben sich die verbündeten Regierungen entschlossen, den im Reichstag mehrfach, noch zuletzt bei der Beratung der Steuervorlage im Hauptausschuß geduldeten Wünschen zu entsprechen und die noch bestehende Portofreiheit von Angehörigen der deutschen Fürstentümer weiter einzuschränken. Ein Gesetzentwurf hierüber befindet sich in der Ausarbeitung. Es ist aber ungewiß, ob er noch in diesem Tagungsabschnitt dem Reichstag zugehen wird.“

„Die Regierung gegen territoriale Arbeitskammern. Der Reichstagsausschuß für die Beratung des Arbeitskammergesetzes setzte am Freitag seine Verhandlungen fort. Zu Beginn der Sitzung ließ die Regierung nochmals versichern, daß die Reichsregierung dem Gesetz nur zustimmen könne, wenn es sich auf einer sachlichen Gestaltung der Arbeitskammern aufbaut. Die Regierung könnte höchstens für den Antrag Trimborn (sachkammern nach Bedürfnis und gemeinsame Bezirkskammern im übrigen) im Bundesrat eintreten, da ihr an dem Zustandekommen des Gesetzes viel liege. Nach längerer eingehender Aussprache ergab sich ein neuer Antrag Dr. Hise (Jtr.). Danach sollen, soweit „nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung“ ein Bedürfnis vorliegt, für einzelne oder mehrere verwandte Gewerbebezüge oder für bestimmte Arten von Betrieben besondere Arbeitskammern mit entsprechenden Arbeitnehmer-Abteilungen auf sachlicher Grundlage errichtet werden können. Darüber wird das nächste Mal beraten werden.“

„Nationalliberale und Auswärtiges Amt. Nach der „Köln. Zeitung“ stellt die nationalliberale Fraktion zum Etat des Auswärtigen Amtes den Antrag, den Reichszentraler zu ersuchen, baldmöglichst einen Ausschuß zur Prüfung der Frage einer organischen Reform des Auswärtigen Amtes einzusetzen, in dem

außer Mitgliedern des Bundesrates und des Reichstages und Vertretern des Generalstabes und Admiralstabes insbesondere auch Vertreter des am überseeischen Handel beteiligten Kaufmannstandes und der deutschen Exportindustrie zu berufen wären.

„Eine gesetzliche Begrenzung des Vortes „Fahnenflucht“ hat der Reichstagsausschuß für die neuer militärischen Gesetzentwürfe beschlossen. Vom Zentrum wurde angeführt, daß nach einer Entscheidung des Reichsmilitärgerichtes Fahnenflucht sogar schon in einer eigenmächtigen Entfernung von der Truppe erblich wird, die in der Absicht begangen ist, bei einem anderen Truppenteil des deutschen Heeres oder bei der Marine zu dienen. Der Ausschuß beschloß einstimmig, dem § 69 des MVO. folgende Fassung zu geben:

„Wer sich einer unerlaubten Entfernung (§§ 64, 65, 68) in der Absicht schuldig macht, sich der Fahnenflucht oder der von ihm übernommenen Verpflichtung zum Dienst dauernd zu entziehen, ist wegen Fahnenflucht zu bestrafen.“

Weiter wurde bei zwei Stimmenthaltungen nach einem Antrage des Zentrums beschlossen, den § 34 des MVO. wie folgt zu mildern:

„Wer wegen Fahnenflucht zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wird, kann gleichzeitig in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt werden.“ Bisher war die Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes zwingende Vorschrift.

„Eine Tagung der preussischen Landkreise beschäftigte sich mit den Fragen der Wohlfahrtspflege. Soweit eine behördliche Tätigkeit erforderlich sei, müsse die Wohlfahrtspflege kommunale Einrichtung sein, deren Aufbau sich aus den örtlichen Verhältnissen heraus natürlich entwickeln müsse. Im Anschluß hieran wurde die Frage der Jugendämter und ferner die der Gasthausreform erörtert sowie Stellung zu einigen Gesetzentwürfen genommen. Besondere Aufmerksamkeit beanspruchte die Förderung des bürgerlichen Berufs, in deren Dienst sich der Verband mit aller Kraft stellen wird. Breiten Raum nahm auch die Behandlung der Kriegsbeschädigten für eine Tagung ein.“

„Wohnungen für Kriegsgeliebte. Die sächsische Regierung hat mit dem Verbands sächsischer Möbelfabrikanten einen Vertrag über Lieferung von 10 000 Wohnungseinrichtungen für Kriegsgeliebte abgeschlossen.“

„Gegen die Börsenspekulation. In einer Besprechung, die im Berliner Handelsministerium mit Vertretern der Börsen- und Bankkreise über die Ausschreitungen der Börsenspekulation stattfand, wurden u. a. Maßnahmen gegen die Angelegenheiten der Spekulation und zur schärferen Durchführung des Verbots der Kreditgewährung für Börsengeschäfte erörtert. Es wurde allseits anerkannt, daß eine Eindämmung der Spekulation im Hinblick auf den Ernst der Kriegszeit und die Gefahren, welche sich bei einem Rückschlag der Bewegung ergeben müssen, geboten erscheint.“

„Ein Reichskriegsgericht verlangt eine Eingabe einer der zahlreichen Kriegsbeschädigtenverbände in einer Eingabe an den Reichstag. Es sollen reichsgesetzliche Grundlagen für die Durchführung der in ihrer wirtschaftlichen Existenz schwer geschädigten Krieger geschaffen werden, — es genüge also nicht, diese Hilfsmassnahmen der privaten Wohltätigkeit, kommunalen oder behördlichen Barmherzigkeitsmaßnahmen zu überlassen. In einer Denkschrift wird ein ganzes System für den Aufbau eines solchen Hilfswertes dargestellt. Darlehnsgewährung, Arbeits- und Arbeitsmittel-Versorgung, Stellenbesetzung u. v. a. wird behandelt, jedoch immer unter dem neuen grundlegenden Gesichtspunkt, daß diese Hilfsmassnahmen durch Reichsgesetz geregelt, die Mittel durchs Reich zur Verfügung gestellt werden sollen und das Reich das Hauptverhältnis des Ausfalles zu tragen habe. Die bestehenden gemeinnützigen Einrichtungen und Standesorganisationen sollen zur Ausführung des Werkes geeignet herangezogen werden.“

hörte ursprünglich seiner Frau, meiner Schwester, die Französin ist.“

„Und Sie lebt hier, diese Dame? Ich glaube, sie bei unserer Ankunft auf dem Treppenhofen wahrgenommen zu haben.“

„Sie irren“, sagte der Herr. „Madame ist lebend, sie ist gelähmt und kaum imstande, ihren Sessel zu verlassen. Das hat sie gezwungen, auch bei der Annäherung der deutschen Truppen in diesem unbesetzten Hause zu bleiben.“

„Sie hat sehr wohl daran getan“, fiel ich ein; „den besten Schutz, den sie finden konnte, wird sie in unsere Rücksichtnahme auf die Anwesenheit einer leidenden Dame im Hause finden.“

Der Herr antwortete mit einer kleinen Verbemung.

„Und jene schlankgewachsene junge Dame, die ich sah?“

„In Mademoiselle Kühn, die hier bei ihrer Mutter zu deren Pflege geblieben ist.“

„Ah — das ist sehr brav —“

„Daß sie ihre Pflicht erfüllt?“

„Daß sie uns nicht fürchtet... aber freilich, wie sollte sie auch, da sie im Grunde doch eine Deutsche ist?“

„Ah“, sagte lachend ihr Oheim, Mademoiselle Kühn würde das für sein Kompliment halten. Sie fühlt sich sehr als Französin — sie ist in einem französischen Kloster erzogen und sehr begeistert für Frankreich, sehr erbittert gegen die Deutschen.“

„Und Sie“, fiel ich ein, „die Sie deutsch reden, also auch wohl Deutschland ein wenig kennen, tun nichts, um Ihre Damen unparteiischer denken zu lassen?“

„Sollen Frauen unparteiisch denken?“

„Legen Sie den Ton dabei auf das „Unparteiisch“ oder auf das „Denken“?“

„Vielleicht“, antwortete er, an seinem Glase nippend und lachend, „auf beide Worte!“

„Also wie Lessing sagt: „Eine Frau, die denkt, ist so widerwärtig, wie ein Mann, der sich schminkt.“ Aber da in Frankreich die Männer, wenn nicht sich, doch all ihr Tun und Treiben sehr stark mit schönen Phrasen zu schminken pflegen, so könnten die Frauen auch beginnen zu denken!“

„Was sollte das besagen?“ sagte er. „Sie werden

immer so denken, wie ein persönliches Gefühl oder eine Erfahrung ihres Herzens es sie lehrt, und nichts wird sie davon abbringen und „unparteiisch“ denken lehren.“

„Und lehrt Fräulein Kühn eine Erfahrung des Herzens, schlecht von den Deutschen zu denken?“

„Sein Schweigen mochte mir andeuten sollen, daß das eine indirekte Frage sei; ich fuhr um so rascher fort: „Ach, liebe, es bleibt also nichts übrig, als daß wir Deutschen hier, wenn wir lange genug bleiben sollten, selber Propaganda für uns und möglichst viel „moralische Er-oberungen“ machen!“

„Sie werden, wenn Sie auf letztere ausgeben, uns nicht mit Erreuten und unüberwindlichen Anstrenge verkannt finden“, sagte höflich der Franzose.

„Deshalb“, fiel ich lachend ein, „denn dann kann hier unser Feldzug sich ganz in der Ruhe und Stille vollziehen, welche Sie für Ihre kranke Dame wünschen müssen. Sind Sie überzeugt, daß Ihre Krankheitskur die Ruhe nicht ausbrechen werden, vielleicht nicht diese Nacht schon? Ihre Sympathien werden auf Seiten dieser Leute sein, aber Sie werden selber nicht wünschen, daß dies Haus der Schauplatz eines Ueberfalls und eines Kampfes werde... Würden wir von einer Uebermacht hier überrascht und niedergebunden, so würden die Ausfragen bald da sein, um uns zu rächen, und die nächsten verderblichen Folgen würden Chateau Giron treffen — es würde zerstört, dem Erdboden gleichgemacht werden, man würde die Bewohner...“

„Seien Sie darüber beruhigt“, fiel der Angeredete, mich mit offenbar sehr erschütterter Miene ansiehend, ein. „Wir glauben nicht, daß Frankreich in der Nähe sind; sollten solche aufstehen, so würde es nicht geschehen können, ohne daß wir von ihrer Annäherung erführen, und dann würden wir es als eine Pflicht gegen Sie, unsere Gäste, betrachten, Sie zu warnen.“

„Nun, mehr verlange ich nicht“, versetzte ich, dem Herrn, der aufgestanden war, sich zu empfehlen, die Hand reichend.

Er nahm sie und verabschiedete sich mit einer Verbeugung gegen die Söhne des Ulanenstammes, die während meiner Unterredung mit ihm sich untereinander laut und lärmend unterhalten hatten.

(Fortsetzung folgt.)



Reichstag und Kriegsbeschädigten-Fürsorge.

— Berlin, 22. Juni 1918.

Der Reichstag beriet heute den allgemeinen Pensionsfonds und verknüpfte damit eine allgemeine Aussprache über

Kriegsbeschädigten-Fürsorge,

sowie die Vorlagen über Erweiterung des Kapitalabfindungsgesetzes.

General v. Sangermann: Das Kapitalabfindungsgesetz vom Juli 1916 hat wegen der Kriegsverhältnisse nicht alle Erwartungen erfüllt, aber doch großen Anklang gefunden. Die angesiedelten Kriegsbeschädigten fühlen sich wohl. Das Gesetz soll nun auch auf Teilnehmer früherer Kriege ausgedehnt werden.

Abg. Giesberts (Ztr.): Bei der Auszahlung von Renten an Kriegsbeschädigte sollten nicht unnötige Verzögerungen eintreten. Die Organisationen der Kriegsbeschädigten sollten sich von politischen Tendenzen freihalten.

Abg. Bauer (Soz.): Wir sind mit der Vorlage einverstanden, wenn wir auch noch weitergehende Wünsche haben, so den Einstellungszwang für Schwerbeschädigte.

Ein Vertreter der Medizinalabteilung des Kriegsministeriums bemerkt, das Kriegsministerium sei bemüht, Verzögerungen bei der Unterbringung Kurbedürftiger zu beseitigen.

Abg. Meyer-Herford (natl.): Die Kapitalabfindung der Kriegervitwen muß in das Gesetz miteingearbeitet werden. In die Versorgungsämter möge der soziale Geist des Kriegsministeriums einziehen.

Abg. v. Winterfeldt (Konf.): Die Ausführungsbestimmungen müssen auf eine Vereinfachung des Verfahrens hinarbeiten. Bei den Oberversicherungsämtern sollen besondere Stellen geschaffen werden zur Entscheidung über die Höhe der Rente usw.

Abg. Eislövich (Sp.): Den Kriegsbeschädigten muß das Recht zugesprochen werden, an der Festsetzung und Gewährung der Rente mitzuarbeiten.

Abg. Nyssel (U. Soz.): Die Vorlagen gehen uns nicht weit genug. Die private Fürsorge muß ersetzt werden durch genügende Reichsfürsorge. Der Mindestbetrag der Rente soll 2000 Mark betragen. Damit schließt die Aussprache.

Die Vorlage und der Antrag werden an die Kommission zur Beratung der Militärergänze verwiesen. Montag 2 Uhr: Etat des Reichsanwalts und des Auswärtigen Amtes.

Lokales und Provinzielles.

Schierstein, den 25. Juni 1918.

Kohlenversorgung. Von geschätzter Seite wird uns geschrieben: Wir sind heute Ende Juni, bisher hat man aber von Kohlenbeschaffung oder gar Anlieferung noch nichts gehört. Uns will es scheinen, als ob wir ganz erheblich schlechteren Verhältnissen in Bezug auf die Winterheizung entgegengehen, wie letzten Jahr. Seitdem hat man wohl eine „Kohlenstelle“ hier eingerichtet, von ihrer Arbeit aber bis heute noch nichts gehört oder gesehen. Der Kreisaußschuß hat auf private Anfragen Anfang dieses Monats in Aussicht gestellt, daß Schierstein demnächst die Ermächtigung zur Ausstellung von Kohlenbezugscheinen erhalten würde. Weiteres hat man aber nicht vernommen. Kohlen und Koks werden von allen Seiten reichlich angeboten, nur verlangen die Lieferanten Bezugscheine. Die Ware ist also da! Unseres Erachtens ist es der Sinn und Zweck der Kohlenstelle, sich darum zu kümmern, daß die übergeordneten Organe, an deren praktische Verständnislosigkeit man nachgerade gewöhnt ist, etwas schneller arbeiten. Die Ausschüsse in Bezug auf die rechtzeitige Belieferung sind dieses Jahr insofern viel schlechter als vor etwa 3 Monaten — wo die bezügliche Arbeit hätte einsetzen müssen — als mit Juli die Erntetransporte einsetzen und dann erfahrungsgemäß keine Wagen mehr für Kohlentransporte zur Verfügung stehen werden. Gewisse Leute haben es trotz aller Erschwerungen fertiggebracht, kräftig für sich zu sorgen. Das ist sehr anerkennenswert auf der einen Seite, auf der anderen sollte aber im Interesse der Allgemeinheit auch seitens der Kohlenstelle genau Buch geführt werden, wieviel jeder Bürger eingelagert hat.

Am Samstagabend hielt der hiesige Lokalgewerbeverein seine diesjährige Generalversammlung im Kassauer Hof ab. Dieselbe war leider nur von 10 Mitgliedern besucht, wovon 5 Mitglieder dem Vorstand angehörten. Dieser schwache Besuch

ist sehr zu bedauern, da doch dieser Verein berufen sein wird, nach dem Kriege an dem Wiederaufbau des Handwerks mitzuwirken. Dem Jahresbericht entnehmen wir, daß der Verein 70 Mitglieder zählt, wovon 3. J. noch 19 Soldat sind. Erfreulich ist, daß zum Wiederaufbau des Schiersteiner Handwerks nach dem Kriege bis jetzt 2547 M. eingegangen sind. Doch dürfte dieser Betrag bei weitem nicht ausreichen, die Wunden, welche der Krieg geschlagen hat, zu heilen. Darum sei diese Sammlung auch fernerhin edlen Menschenfreunden wärmstens empfohlen. Kommt doch der Allgemeinheit zu gute, was der Verein erstrebt und leistet, wie ja auch der im vergangenen Winter abgehaltene Schubkursus und die Unterhaltung der gewerblichen Fortbildungsschule zeigen. Vehlere wurde im verfloßenen Jahre von 105 Schülern besucht, die einen gesunden Nachwuchs für Handwerk und Industrie bilden sollten.

Kürzung der Fleischration? Im Ernährungsausschuß des Reichstages wurde die Fleischversorgung erörtert. Hierzu erklärte der Unterstaatssekretär Dr. Müller: Eine Vermehrung der Fleischration im gegenwärtigen Augenblicke ist leider nicht möglich, weil durch die vermehrte Abschachtung des Rindviehs aus dem bei dem Schweinemangel allein die Fleischversorgung erfolgt, unsere ganze Milchwirtschaft und Ferkelerzeugung, die sich in einer äußerst gespannten Lage befinden, versagen müßte. Andererseits soll eine Verkürzung der Fleischration bis zur Versorgung aus der neuen Ernte mit Biol vermieden werden. Darüber ob nach dem Beginn der neuen Ernte und der dann wiedergegebenen vollen Produktion und reichlicheren Belieferung mit Kartoffeln, Gemüse und anderen Lebensmitteln vorübergehend die Fleischration entweder gekürzt werden oder aber fleischlose Wochen für einzelne Teile oder die gesamte Bevölkerung eingeführt werden sollen, scheiden zur Zeit Beratungen. Zunächst muß das Ergebnis der letzten Zwischenabrechnung vom 1. Juni abgewartet werden. Bindende Beschlüsse liegen also zur Zeit noch nicht vor. Zur Zeit geschieht alles, um die Schweinezucht zu fördern.

Vom Lande, 22. Juni. Die letzten Regenfälle haben die allgemeinen Ernteaussichten in Deutschland ganz außerordentlich günstig beeinflusst. Namentlich hat sich der Stand der Hackfrüchte sehr gebessert. Auch die Weizen und Weiden haben sich sehr günstig entwickelt. Der Regen hat sich über ganz Deutschland ziemlich gleichmäßig verbreitet und kann im allgemeinen schon jetzt als ausreichend bezeichnet werden. Auch der größte Teil des Sommergetreides hat vom Regen reichlich profitiert. (Kriegsztg.)

Der Bischof von Limburg hat angeordnet, daß nach Bestimmung des Papstes in den Kirchen des Bistums am 29. ds. Mts., dem Tage der Apostelfürsten Petrus und Paulus, alle Priester das Mesopfer in der Meinung feiern, daß der menschlichen Gesellschaft Eintracht und Ruhe wiedergekehrt werde. Außerdem wird am Sonntag, den 30. ds. Mts., in allen Pfarrkirchen, sowie in allen Kirchen und Kapellen mit eigenem Geistlichen ein allgemeiner Kriegsbetrag abgehalten werden.

Siebenjähriger Krieg. Am 27. Juni ist der Siebenjähriger Krieg. Wenn auch die allbekannte Wetterregel, die sich um diesen Tag spinnelt, schon längst als selten zutreffend erkannt worden ist, so läßt der Landmann sich trotzdem diesen Glauben so leicht nicht nehmen.

Einführungsfrist für Zweimarkstücke. Von zureichender Seite wird nochmals in letzter Stunde darauf aufmerksam gemacht, daß die Frist zur Einführung der vom 1. Januar 1918 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel geltenden Zweimarkstücke bei den Reichs- und Landesbanken am 1. Juli 1918 abläuft.

Schutz der Felder. Fortgesetzt wird über die Schäden Klage geführt, die beim Pflücken von Feldblumen auf Aedern und Wiesen angerichtet werden. Es wird amtlich darauf hingewiesen, daß nach § 368 Nr. 9 des Reichsstrafgesetzbuches sich jeder strafbar macht, der unbefugt vor beendeter Ernte über Wiesen oder bestellte Acker geht usw. Durch die Entnahme von Feldblumen gehen nicht unbeträchtliche Futtermittel verloren. Viel größer aber sind die Verluste, die der Ernte durch Zertreten der Pflanzen hierbei zugefügt werden. In der jetzigen Zeit, wo alle Futtermittel dringend gebraucht werden, müssen Schädigungen dieser Art unter allen Umständen vermieden werden.

Verwertung angesäuerter Milch im Haushalt. In der jetzigen heißen Jahreszeit ist es zumal infolge der verminderten Beförderungsmöglichkeiten nicht immer zu vermeiden, daß die Bezugsberechtigten Milch in angesäuertem Zustande erhalten. Da saure Milch ein ebenso wertvolles Nahrungsmittel darstellt wie süße Milch, so ist ihre restlose Verwertung im Haushalte in der Kriegszeit von besonderer Bedeutung. Bleisäure wird angesäuerte Milch von den Hausfrauen zur Bereitung von Käsequark benutzt, jedoch gehen hierbei viele in den Mollen verbleibenden wertvollen Nährstoffe, besonders der Milchsäure, verloren. Dies kann leicht vermieden werden, wenn das Zusammengehen der angesäuerten Milch beim Kochen durch einen geringen Mehlsatz verhindert wird. Für 1 Liter Milch verwendet man einen Eßlöffel voll Mehl. Das Mehl wird mit wenig ungesüßter Milch in einer Tasse glatt gerührt und alsdann der anderen Milch zugefügt, die nunmehr unter ständigem kräftigem Umrühren zum Kochen erhitzt wird. Durch das ständige Umrühren wird das Zusammenballen und die Abcheidung des Käsestoffes in größeren Klumpen verhindert, und man erhält eine Milch, die, ähnlich wie Buttermilch, das Milcheiweiß in feinflüssigem Zustande enthält und nicht nur ein wohlschmeckendes Getränk darstellt, sondern auch in Suppenform gekostet werden kann, ohne daß irgendwelche Nährstoffe verloren gehen. Insbesondere ist die so zubereitete Milch auch für die Kinderernährung gut geeignet.

Zur Kleiderabgabe. Es wird zur Richtigstellung immer wieder auftauchender Zweifel wiederholt darauf hingewiesen, daß alle Personen, die zu der Sammlung von einer Million getragener Männer-Oberteile einen Anzug beigegeben und daraufhin eine Empfangs- oder Abgabebescheinigung erhalten haben, von der Vorlegung eines Bestandsverzeichnisses befreit sind. Wer eine Empfangsbefreiung erhalten hat, hat außerdem die Gewähr, daß bei einer etwaigen spätere nochmaligen Erfassung getragener Kleidung durch die Reichs-Befreiungsstelle ihm der abgegebene Anzug in Anrechnung gebracht wird.

Aus dieser Auslassung ergibt sich, daß eine Beschlagnahme geplant wird. — Daneben zeigt sie die nette Aussicht, daß der Dandy, der Duzende von Anzügen hat und davon einen freiwillig abgibt, später bei der Beschlagnahme zarter behandelt werden soll als der Mittelständler, der gerade für seinen standesgemäßen Bedarf genug hat.

Harzgewinnung durch Jungmänner. Die mannigfaltige Beschäftigung der Jungmänner in Haus und Hof, Feld und Wald hat neuerdings auch dazu geführt, sie zu einer Arbeit heranzuziehen, bei der sie sich mit Glück betätigen, bei der Harzgewinnung. In den Waldgebieten Thüringens wird zu fruchtbringenden Zwecken das Harz von den Bäumen entfernt und gesammelt. In geordneten Gruppen durchziehen die Jungmänner die ihnen angewiesenen Waldgebiete und reißen mit einem besonders konstruierten Instrument die Rinde der Bäume an. Nach einiger Zeit tritt an den verwundeten Stellen das Harz heraus und wird dann mit demselben Instrument abgetragt und in Säcken gesammelt.

Nähgarn für Brenneffekt. Die Kessel-Anbau-Gesellschaft in Berlin gibt allen Sammlern von Brenneffekt, die 10 Kilo trockener Stengel durch den Vertrauensmann der Gesellschaft abliefern, außer dem Sammellohn ein Bidel schwarzes oder weißes Nähgarn aus Brenneffektmischung. — Auf dem Lande hat man sich mit der Wichtigkeit der Kesselernte noch nicht ausreichend beschäftigt. Sonst würde man in dieser Hinsicht mehr Eifer entwickeln und die gutbezahlte Gelegenheit, dieses lästige Unkraut zu beseitigen, gründlich wahrnehmen.

Wieder Rufen in den Schulen. Angehörige der Staaten, die gegen uns Krieg führen, wurden im Kriege zum Besuche öffentlicher Schulen nicht zugelassen. Eine entsprechende Anordnung hat der Unterrichtsminister schon am 30. August 1914 getroffen. Nachdem jetzt der Frieden mit Rußland geschlossen ist, hat der Unterrichtsminister in einer besonderen Verfügung festgestellt, daß jene Anordnung nicht mehr auf Kinder russischer oder ehemals russischer Staatsangehöriger angewendet werden soll.

Dohheim, 24. Juni. Hier ließ jüngst ein Frau, als ihr beim Lebensmittelamt nicht alles nach Wunsch ging, die Bemerkung fallen: Sie wisse ganz genau, daß ein Mitglied der Lebensmittelkommission, Herr Schüller, sich ein Schwein heimlich habe schlachten lassen! Darüber unter Anklage gestellt, wurde ihr eine Geldstrafe von 75 Mark und Urteilspublication auferlegt. Im Urteil wurde ausgeführt, derartige Schwärzereien müßte in der Jetztzeit ganz energisch entgegengetreten werden, da sie, selbst wenn sie wahr wären, mit einem Schläge die vielleicht mangelhafte Belieferung einer Gemeinde auch nicht ändern könnten.

Frankfurt a. M., 21. Juni. Der ehemalige Hauptmann Philipp aus Wiesbaden, der vor einer Woche vom Oberkriegsgericht zu drei Jahren Gefängnis und zur Entfernung aus dem Heere verurteilt worden war, hat auf das Rechtsmittel der Berufung beim Reichsmilitärgericht verzichtet. Dem Verurteilten wurden 20 Monate Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht. Der Vertreter der Anklage beim Oberkriegsgericht hatte Zuchthausstrafe beantragt. Das Oberkriegsgericht bestätigte außerdem die vom Kriegsgericht ausgesprochene Einziehung des Besetzungsgeldes in Höhe von 256 000 M.

Der heutige Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 25. Juni 1918.

(W. B. Amlich.)

Westlicher Kriegshauptplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Das tagsüber mäßige Artilleriefeuer wurde am Abend in einzelnen Abschnitten lebhafter. Die Erkundungstätigkeit blieb reg. Südlich der Somme und auf dem westlichen Acre-Ufer machten wir Gefangene.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nach starker Feuerwirkung griff der Feind mit mehreren Kompanien auf dem Nordufer der Aisne an. Im Gegenstoß wurde der Angriff abgewiesen.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Die Zahl der gestern früh von Brandenburger und Thüringer Landwehr östlich von Badon-Villers eingebrachten gefangenen Amerikaner und Franzosen hat sich auf mehr als 80 erhöht.

Leutnant Billik errang seinen 20. Lusttag.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Theater-Spielplan.

Residenztheater in Wiesbaden.

Vom 26. bis 29. Juni 1918.

Mittwoch, abends 7½ Uhr: „Die Dollarprinzessin“.

Donnerstag, abends 7½ Uhr: „Die geschiedene Frau“.

Freitag, abends 7 Uhr: „Die tolle Komte“.

Samstag, abends 7½ Uhr: Zum ersten Male „Der dumme August“.

Aus aller Welt.

Der falsche Prinz. In Weinheim an der Elzstraße wurde ein Schwindler in Leutnantsuniform, geschmückt mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse, verhaftet. Es handelt sich um den fahnenflüchtigen Gefreiten Wenzel aus Paderborn, der vor drei Monaten geflüchtet war. Seitdem verübte er in süddeutschen Großstädten allerhand Betrügereien. Immer war er von einem Schwarm junger „Damen“ umgeben, die er dadurch anlockte, daß er sich als „Prinz Oskar“ ausgab. Auf die Frage nach dem Zwecke seines Aufenthaltes antwortete er geheimnisvoll, daß ihn sein Vater hergeschickt habe, um auszuforschen, ob Weinheim genügend mit Lebensmitteln versehen sei. Dieses Märchen wurde von den „Damen“ als bare Münze angenommen, und sogar noch nach der erfolgten Verhaftung des Schwindlers erschienen junge Mädchen in dem Hotel, um sich angelegentlich nach dem Aufenthalte „Seiner Hoheit“ zu erkundigen.

Beim Indianerspielen aufgehängt. Mehrere Kölner Jungen vertrieben sich die Zeit mit Indianerspielen; dabei wurde ein elfjähriger Junge zum Tode verurteilt. Man legte ihm zu diesem Zwecke einen Strick um den Hals und hängte ihn auf. Als man ihn nicht wieder befreien konnte und merkte, welch Unheil man angerichtet hatte, wurden die Feuerwehre und ein Arzt herbeigeholt. Der Junge wurde aus der Schlinge befreit; aber leider waren die Wiederbelebungsversuche mit dem Sauerstoffapparat erfolglos, er war tot.

Die winzige, unbeachtete Schnittwunde. Ein Opfer seines Berufs ist der Chirurg Sanitätsrat Dr. Paul Theodor Barthauer in Halberstadt geworden. Er hat sich nach nunmehr bald vierjähriger angestrengter Tätigkeit im Dienste des Vaterlandes bei einer Beckenoperation an einem Offizier eine winzige Schnittwunde zugezogen und dadurch infiziert. Die Blutvergiftung griff so rasch um sich, daß an eine Rettung nicht mehr zu denken war.

Herabsetzung der Kartoffelration. Weil mehrere Städte im Regierungsbezirk Düsseldorf mit Kartoffelvorräten knapp sind, ordnete die Regierung der Gleichmäßigkeit halber eine vorübergehende Herabsetzung der Kartoffelration auf fünf Pfund wöchentlich an.

Eine reiche Partie. Prinz Christoph von Griechenland, der dreißigjährige jüngere Bruder des Königs Konstantin, soll sich, wie ausländische Blätter mitteilen, in der Schweiz in aller Stille mit einer reichen amerikanischen Witwe, Mrs. Leeds, verheiratet haben. Der frühere Gatte der neuen Prinzessin war Direktor der Nord-See-Bahnen und Metallindustrieller. Nach der Scheidung von seiner ersten Frau verheiratete er sich mit einer Richmonder Schönheit, Miss Connie May Stewart. Als Leeds im Jahre 1908 in Paris starb, hinterließ er ein Vermögen, das auf 40 Millionen Dollars geschätzt wurde, und das, abgesehen von einem Legat für seinen Sohn aus erster Ehe, seiner Witwe ungetrübt zufiel. Unter anderem soll Frau Leeds einen prachtvollen Landsitz in Hampstead bei London erworben haben und ein Perlenschatzband im Werte von etwa 800 000 Mark besitzen. Kein Wunder, daß sie zahlreiche Bewerber hatte, unter denen auch Fürst Tallyrand-Berigord genannt wurde.

Gerichtssaal.

Todesurteil wegen Doppelmord. Die 19 Jahre alte Katharina Heug aus Karben bei Nachen, die dort am Abend des 28. Februar d. J. den Pfarrer Theodor Fischer und dessen Haushälterin durch Mordanschläge und Durchschneiden des Halses ermordete, wurde wegen Doppelmordes zweimal zum Tode verurteilt. Das Urteil nahm sie anscheinend gleichgültig auf. Sie verübte die Tat, weil der Pfarrer ihr aufgetragen hatte, sie sollte ihrem Vater gestehen, daß sie anonyme Briefe geschrieben hatte.

„Möve“-Geheimnisse verraten. Der Vereinigte 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte den 24-jährigen Maschinenschlosser Max Messing aus Bocholt wegen Verrats militärischer Geheimnisse und verführten Landesverrats zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust unter Anrechnung von einem Jahr der erlittenen Untersuchungshaft. Der Angeklagte hatte Gelegenheit, von Mannschaften der „Möve“, welche die berühmte Fahrt des Schiffes mitgemacht hatten, verschieden, was im Interesse der Landesverteidigung unbedingt geheim zu halten war, sowie Näheres über die zukünftige Bestimmung der „Möve“ zu erfahren. Die so erworbenen Kenntnisse hat er nach seiner Entlassung vom Militärdienst in Holland an den Agenten eines feindlichen Spionagebureaus verraten. Da der Angeklagte für geistig nicht ganz vollwertig erklärt wurde, wurde die Sache vom Gericht milde angesehen.

„Initiative zur Verständigung“.

Vor der 3. Lesung der Wahlrechtsvorlage.

In den ersten Julitagen wird das preussische Abgeordnetenhaus die 3. Lesung der Wahlrechtsvorlage vornehmen. Die fünfte! Und auch das wird nicht die letzte Beratung dieses Gegenstandes sein. Das bisherige Ergebnis der Verhandlungen ist bei den verschiedensten Gelegenheiten beteuert worden, das Haus würde aufgelöst werden, wenn die Rechte auf ihrem Standpunkt verharren. Unter der Oberfläche hat der Kampf um die zukünftige Gestaltung Preußens an Verbastigkeit nichts verloren. Nur kann man sagen, daß diese Verhandlung sich durch neue Gesichtspunkte auszeichnet, die, ob nun für oder gegen das gleiche Wahlrecht, ein weitergehendes Interesse beansprucht, als die Vorkriegsauffassung, die man bei den Plenarverhandlungen gewohnt ist.

Von konservativer Seite beschäftigt sich im „Vol.-Anz.“ jemand mit dem Einflusse, den das Reich auf dem Wege über die Reichsstaatssekretäre-Stimmen im preussischen Ministerium auf Preußens Politik ausübt. Diese Verbindung, die seit Bestehen des Reiches üblich ist, die von Preußen gewünscht worden ist, hat

jetzt eine andere Wirkung als früher, und dagegen hat der Verfasser des fraglichen Artikels Bedenken:

Bismarck konnte allein durch seine überragende Persönlichkeit den notwendigen Einklang zwischen preussischer und Reichspolitik aufrecht erhalten und die wichtigste Bestimmung der Reichsverfassung, daß Preußen im Reiche die Führung haben soll, zur tatsächlichen Geltung bringen. Unter Bethmanns Nachfolgern ist der Einklang nicht selten mit Hilfe der vom Reichstage mehr oder minder abhängigen Reichsstaatssekretäre gesucht worden, die als Minister tatsächlich keine Veranlassung vor dem preussischen Landtag haben. Keiner von ihnen ist für seine Amtsführung auf Bewilligung angewiesen, die der preussische Landtag zu bewilligen hätte, und die Vorschrift im Art. 60 der preussischen Verfassung, daß jede Kammer die Gegenwart der Minister verlangen kann, bietet erfahrungsgemäß keine geeignete Handhabe, um auf die Reichsstaatssekretäre einen Druck zu üben, daß sie als solche preussische Politik treiben. So erscheint Preußen kaum mehr als ein selbstständiger konstitutioneller Staat. Gegen die Ueberzeugung der sieben eigentlichen preussischen Minister, deren Gehälter im preussischen Haushaltsplan stehen, kann die Abgabe der preussischen Bundesratsstimmen durch die Reichsstaatssekretäreminister entscheidend beeinflusst werden und wird es erfahrungsmäßig in den wichtigsten Fragen. Preußen führt nicht mehr im Reich, sondern der Reichstag führt in Preußen. Dieser verfassungswidrige Zustand darf nicht fortbestehen. Darauf müßten die preussischen Kammern selbst das größte Gewicht legen.

In nationalliberalen Kreisen rechnet man mit der Auflösung und befürchtet daraus eine Schwächung des nationalliberalen Einflusses, nicht infolge eigener Verluste, sondern infolge starker Rückschläge der Konservativen, in denen die Nationalliberalen in vielen Fragen — Mittelstand, Beamtentum, Rüstungsfragen, Kulturfragen, Ostmarkenpolitik — eine Stütze zu finden genötigt sind und in Zukunft zu finden hoffen. Wohl in ziemlichlicher Ueberschätzung der Wirkungen eines neuen Wahlrechts auf die Zusammensetzung des Landtages sucht Dr. Johann Fuchs in den „Deutschen Stimmen“ den Konservativen klar zu machen, daß sie sich schon aus dem Gedanken der Selbsterhaltung auf den Boden des gleichen Wahlrechts stellen müßten. Von dem Zeitmotiv ausgehend, daß, wenn auch der Liberalismus der Träger des Fortschritts sei, ein Staat, der sich nicht mehr auf das konservative Kulturelement stützen könne, einem Luftschiff gleiche, das ohne Ballast in die Lüfte stiege, also verloren wäre, behauptet er die Selbstisolierung der Konservativen in der genannten Frage, die ihnen mehr und mehr auch konservativ empfindende Kreise allgemein entfremdet. Der an sich gesunde konservative Gedanke überhaupt stehe auf dem Spiel, sei abgeschnitten von dem Strom der Entwicklung. Bisher habe man z. B. immerhin in den Nationalliberalen in vielen Fragen die natürlichen Bundesgenossen der Konservativen erblicken können. Ein Zusammengehen beider Parteien werde um so dringlicher, als sich ja gerade die nationalliberale Partei zurzeit bewußt und im übrigen faktisch durchaus geschäftig den Linksparteien genähert habe. Je schwächer aber die Konservativen würden, desto schwächer müsse einst der Widerstand sein, den die Nationalliberalen gegen die ultrademokratischen Bestrebungen würden aufbringen können.

In ähnlichem Sinne wendet sich auch die „Tägl. Rundschau“, die zwischen Nationalliberalen und Konservativen einen klaren Gegensatz, an die Rechte. Sie weist auf die Folgen eines endgültigen Kompromisses, einer Auflösung, auf die zu erwartenden Auswüchse einer Wahlagitation hin und will das Kompromiß nicht als das letzte Wort, nur als Verhandlungsbasis gewertet wissen.

Ob man in diesem Augenblick in den Kreisen der zunächst beteiligten Parteien Neigung zu Verhandlungen hat, steht dahin; vermuten läßt sich eine gewisse Verhandlungsmüdigkeit. Dafür aber sind, wie diese Auslassungen zeigen, zahlreiche andere Kräfte an der Verarbeitung der heute zutage tretenden Gedanken, und manche Leute, die einen Einblick in die parlamentarische Seele haben, wollen die Hoffnung auf eine Verständigung noch immer nicht fahren lassen.



Todes-Anzeige.

Aus dem Felde erhielten wir die schmerzliche Nachricht, dass unser lieber Bruder, Schwager und Onkel

der Gefreite

Otto Rothe

Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse

am 13. Juni d. Jrs. in den schweren Kämpfen im Westen sein junges Leben fürs Vaterland hingeben musste.

In tiefem Schmerze:

Familie Emil Rothe
und Geschwister.

Schierstein, Wiesbaden, den 24. Juni 1918.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Auf Nr. 4 der Lebensmittelkarte gelangt zur Ausgabe **Gerstengröße**.

Die Karten sind bis Mittwoch Vormittag 10 Uhr in den Geschäften, und die Geschäftsinhaber haben dieselben bis Mittwoch Abend 6 Uhr auf Zimmer 11 im Rathaus abzuliefern.

Betr. Verkauf von Eier

Mittwoch, den 26. ds. Mts., findet auf dem Rathaus der Verkauf von Eiern statt und zwar:

für den Brotskandenbezirk Nr. 4 von 8—9 Uhr

„ „ „ „ 3 „ 9—10 „

„ „ „ „ 1 u. 2 „ 10—11 „

Es wird auf jedes Familienmitglied 1 Ei ausgegeben. Ein Ei kostet 45 Pfg.

Brotskandenausweis der laufenden Woche ist vorzulegen.

Dieser muß auf der Rückseite mit dem Namen des Haushaltungsvorstandes versehen sein.

Schnurbesitzer sind von dem Verkauf ausgeschlossen.

Die Beträge sind abgezählt mitzubringen.

Die Bezirke genau einhalten.

Schierstein, 25. Juni 1918.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Schulholz-Versteigerung.

Am

Samstag, den 29. d. Mts., nachm. 3 Uhr,

wird in den Distrikten 1 und 2 des Gemeindevorstandes nachstehendes Schulholz öffentlich meistbietend versteigert:

200 Stangen I. Klasse.

350 „ II. „

1950 „ III. „

2750 „ IV. „

150 „ V. „

31 m. Scheit und Knüppel

21 „ Reisferknüppel.

Sammelplatz für Käufer Forsthaus Rheinblick.

Auswärtige Käufer werden nicht zugelassen.

Schierstein, den 24. Juni 1918.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Arbeiter und Arbeiterinnen

finden dauernde Beschäftigung.

Sekellerei Söhnlein
Schierstein.

Eine Wohnung
3 oder 4 Zimmer

sofort zu mieten gesucht.

Näb. in der Geschäftsstelle.

Kleiner

Weinkeller

mit Paderaum

zu mieten gesucht. Off. unter

N. E. an die Geschäftsstelle.

Dreher Schlosser Hilfsarbeiter

gesucht.

Glyco-Metall-Gesellschaft m. b. H.

Schierstein

Zuka

200 Ztr. Kleeheu

zu kaufen gesucht. Preis-

angabe franco Viehtrieb oder

ab Schierstein.

Jakob Kirchner,

Viehtrieb,

Rathausstr. 34.

Eine ordnere Partie

Salzziegel

zu verkaufen

Lindensstr. 10.